

Im Rahmen der Reihe

## GENIAL DAGEGEN

von und mit Robert Misik

lädt das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog zu

### Was heißt eigentlich heute „links“?

Ein Gespräch mit Katja Kipping, stv. Vorsitzende der Linkspartei.PDS und MdB

Freitag | 12. Mai 2006 | 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog  
Armbrustergasse 15 | 1190 Wien

u.A.w.g.

Tel.: 318 82 60/20 | Fax: 318 82 60/10

e-mail: [einladung.kreiskyforum@kreisky.org](mailto:einladung.kreiskyforum@kreisky.org)

#### Katja Kipping

Die 28jährige ist eine der großen Zukunftshoffnungen der deutschen Linken. Sie ist – seit 2003 – stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS, die sie seit den Wahlen vom Herbst 2005 auch als Abgeordnete im deutschen Bundestag vertritt. Zuvor war die diplomierte Slawistin Abgeordnete im Dresdner Stadtrat, später im Sächsischen Landtag. Sie ist die führende Repräsentantin der jungen, unorthodoxen Strömung in der Linkspartei.PDS, die die Idee einer demokratischen und sozialen Transformation der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufgegeben hat. Kipping ist zudem Sprecherin des bundesweiten deutschen „Netzwerk Grundeinkommen“ und engagierte sich im Kampf gegen die unter dem Namen „Hartz-IV“ bekannten Sozialreformen.

#### Robert Misik

geboren 1966, Journalist, Essayist, Sachbuchautor, lebt in Wien. Er war Redakteur der *Arbeiterzeitung*, später des *profil*. Seit 2002 arbeitet er als freier Autor u.a. für *Falter*, *profil*, *Standard* und die Berliner *tageszeitung*. In den Jahren 1989 und 2000 erhielt er den Förderpreis des Bruno Kreisky Preises für das politische Buch. Jüngste Buchveröffentlichung: *Genial dagegen. Kritisches Denken von Marx bis Michael Moore* (Aufbau-Verlag, 2005).

*„Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus“ - „Der Wohlfahrtsstaat ist unfinanzierbar“ - „Eine neue Unterklasse entsteht“ - „Alles ist nur mehr Kommerz“ - solche Diagnosen bestimmen den Diskurs in Medien, Politik, wissenschaftlicher Öffentlichkeit und auch die Alltagsgespräche.*

*Aber leben wir deshalb schon in einer Krisenzeit - also auch in einem Verwandlungs-Zeitraum? Gibt es Konzepte, das brüchige Alte durch etwas Neues zu ersetzen – jenseits des neoliberalen Einheitsdenkens?*

*Auf diese Fragen sollen Experten, Politiker und Aktivisten aus vielen Bereichen mit radikal unterschiedlichem Blickwinkel antworten – alles, was sie verbindet, ist die Originalität ihrer Perspektive; und das Bestreben, neue Räume für emanzipatorisches Handeln zu eröffnen.*

Die Veranstaltung in Partnerschaft mit der Stadtzeitung FALTER ist gefördert aus den Mitteln der Republik Österreich.

#### Robert Misik

Unser Ziel ist es, hier in loser, aber regelmäßiger Folge Männer und Frauen zu präsentieren, die radikal neue Blicke wagen oder neue Ideen vorschlagen. Das wird auch der einzig rote Faden sein. Wir wollen gar nicht sortieren und auswählen, so dass sich am Ende der Reihe vielleicht nur eine Perspektive ergibt. Nein, unsere Gäste werden sich auch widersprechen. Aber sie werden hoffentlich Sichtweisen präsentieren, die interessant sind und vielleicht so noch nicht oft oder ewig gehört sind. Das heißt natürlich nicht, dass wir nichts wollen. Wir wollen so etwas wie soziale und politische Fantasie beflügeln. Aber wir wollen nicht so tun, als wären wir in einer Zeit, in der wir

noch auf so etwas wie eine linke Programmatik aus einem Guss hoffen können. Was wir vorhaben ist so eine Reihe von Versuchen.

Wir haben diesen Abend genannt *Was heißt eigentlich heute noch links?*. Man kann natürlich sagen, das ist eine der kniffligsten Fragen unserer Tage. Wir erhoffen uns heute Antworten darauf von Katja Kipping, die stellvertretende Parteivorsitzende der Linkspartei.PDS oder der zur Linkspartei mutierten PDS ist. Sie ist eine junge, unorthodoxe Linke in einer Partei mit einer sehr orthodoxen Geschichte. Sie ist Abgeordnete im deutschen Bundestag, war Stadtverordnete in Dresden, dann Landtagsabgeordnete in Sachsen und ist außerdem Sprecherin des Netzwerks Grundeinkommen in Deutschland. Sie ist in alle diese Spitzenfunktionen schon in sehr jungen Jahren geraten. Sie ist auch heute gerade erst 28 Jahre alt. Nicht zuletzt, weil das selten ist, dass jemand in so jungen Jahren schon in solche Spitzenfunktionen von einer doch nicht ganz unbedeutenden Partei kommt, ist sie uns natürlich allen auch bekannt aus Funk und Fernsehen. Aber da man bei Frau Christiansen dann letztlich doch nicht viel mehr als Soundbites los wird, haben wir uns gedacht, um in einen Dialog zu kommen, müssen wir sie schon hierher einladen. Herzlich willkommen.

Herzlich willkommen auch an Sie, die heute hierher gekommen sind trotz des Gegenangebots mit revolutionären Staatspräsidenten an anderen Veranstaltungsorten. Wir sind hier und Hugo Chávez und die Tochter von Che Guevara sind anderswo. Irgendwo hat dieses Setting – die dort, wir hier – auch eine innere Wahrheit. Wenn man aus diesem Problem etwas Positives machen will, könnte man sagen, dass diese kleine Veranstaltung ein bisschen auch ein Kommentar zu der großen ist. Damit meine ich Folgendes. Bei allem, was an dem venezolanischen Reformkurs unterstützenswert ist, ist es doch auch sehr erstaunlich die Faszination, die von diesem sehr caudillohaften Führungsstil Chávez auf Teile der westlichen Linken ausgeht. Wenn man dann auch noch Zeuge wird wie in diesen Tagen, dass eine Gruppe von linken Freunden mit Che Guevara Fahnen vor dem tschechischen Kulturzentrum in der Herrengasse eine Protestkundgebung abhält, weil drinnen Vaclav Havel an einer Unterstützungsveranstaltung für die kubanischen Dissidenten teilnimmt, dann fühle ich mich nicht ganz wohl in meiner linken Haut. Ich weiß nicht, wie es Ihnen dabei geht. Aber auf jeden Fall ist klar, dass es da dann doch einiges zu reden gibt über die Themen Freiheit und Sozialismus.

Und um über dieses Thema zu reden, ist Katja Kipping gerade die Richtige. Sie hat vor wenigen Wochen mit anderen in ihrer Partei einen Anstoß zur Diskussion eingebracht, der heißt „Freiheit und Sozialismus – let’s make it real“. Darin vertreten sie und ihre Mitstreiter die Auffassung, dass eine moderne Linke die beiden Grundwerte Freiheit und Gleichheit Ernst nehmen müssen und dass das gar nicht so selbstverständlich ist bzw. was es für einen modernen Linken bedeuten kann, diese beiden Grundwerte zusammenzudenken. Sie wird uns in ihrer Einleitung etwas zu diesem Papier sagen. Über alle weiteren Fragen, was denn heute links heißt, werden wir im Anschluss sprechen. Auf seltsame Weise liegen wir ja mit diesem Thema richtig und falsch zugleich. Ich möchte nur zum Abschluss zwei Schlagzeilen aus der deutschen Presse der vergangenen Monate bringen. Da haben wir aus der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* die Prophezeiung „Die Rückkehr der Linken“, in der es heißt: „Die Lage ist doch eigentlich für die Linke interessant. Viele Menschen sind bereit, sich für ein kühnes, abstraktes Ziel, eines das über das Geld vermehren hinaus weist, zu begeistern und anzustrengen.“ Auf der anderen Seite aus der vorigen *Zeit* „Was heißt heute links?“ Die Frage wird aufgeworfen und nicht so richtig erfüllend beantwortet. Das Resümee ist in etwa, es gibt linke Reflexe, aber kein wirklich linkes Denken mehr. Wie auch immer man es nimmt, auf jeden Fall ist es heute sicher schwierig, auf kluge Weise links zu sein. Katja Kipping ist jemand, von dem ich sicher bin, dass sie das schafft. Ich bitte dich um deine Einleitung.

### **Katja Kipping**

Vielen Dank für die herzliche Begrüßung und die große Erwartung, die du mit dieser Einleitung geschürt hast. Es ist jetzt schon einige Jahre her, dass mir noch einmal so richtig deutlich vor Augen geführt worden ist, dass es doch sehr unterschiedliche Einschätzungen davon gibt, was links

sein bedeutet. Für mich selber, ohne dass ich zu Beginn meiner politischen Tätigkeit gleich in die Tiefen von Theoriearbeit gegangen bin, war es immer klar, dass links sein nicht heißt, Gleichheit und Freiheit gegen einander auszuspielen. Dann rief mich aber vor mehreren Jahren ein doch sehr renommiertes Umfrageinstitut an, welches eine Umfrage unter allen Abgeordneten durchführte, und fragte, wo man sich auf einer Skala links und rechts verortet. Ich hatte mich nach meinem eigenen Verständnis doch sehr links verortet. Danach fragten sie, auf einer Skala, wenn auf der einen Seite Gleichheit steht und auf der anderen Seite Freiheit, wo würden Sie da die Wertigkeit setzen? Die Frau von dem Umfrageinstitut ist überhaupt nicht damit klar gekommen, dass ich genau diese Verortung, also wie viele Prozent Gewichtigkeit jetzt Freiheit hat und wie viel Prozent Gleichheit hat. Andere erzählten mir dann, als sie sehr hohe Werte für Freiheit angegeben haben, dass dann nachgefragt wurde, dann könne doch die Einordnung bei sehr links nicht stimmen. Also es gibt da doch ein sehr verzerrtes Bild, das zumindest im Widerspruch steht zu dem Verständnis von links sein, das ich und andere haben.

Ich habe mir vorgenommen, ganz kurz zum Anfang nochmal darzustellen, in welchem Kontext dieses Parteineubildungsprojekt jetzt in der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht wird, weil unsere Überlegungen, die ich Ihnen heute vorstellen möchte, sich doch sehr stark auf genau diesen Parteineubildungsprozess zwischen dem, was früher PDS hieß, und dem, was mit der WASG sich neu herausgebildet hat, bezieht.

Ganz kurz zum Hintergrund. Wir waren doch als Linke in Deutschland in einer recht frustrierenden Situation. Das war auch die Situation, als ich zum ersten Mal von einer sächsischen Landesebene dann mich mit Bundespolitik aktiver auseinandersetzen musste, als ich zum ersten Mal für das Amt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden kandidierte, war die PDS schon aus dem Bundestag rausgeflogen, war selber in einer Krise, und man gab uns eigentlich relativ wenig Aussicht und Chancen. Das ganze ging natürlich damit einher, dass der Neoliberalismus doch sehr stark seine Hegemonie verfestigt hatte, tief in die Köpfe von Linken hinein. Selbst sehr überzeugte Genossinnen und Genossen waren eigentlich nicht mehr in der Lage, auf Familienfeiern der Diskurshegemonie irgendwas entgegenzusetzen. In Talkshows, wenn wir da überhaupt noch reinkamen oder wenn überhaupt noch jemand mit einem anderen politischen Ansatz rein kam, wurde er eigentlich nur ausgelacht, wenn er das Thema Armut ansprach. In der Wissenschaft war es so, dass sich diejenigen, die den keynesianschen wirtschaftspolitischen Ansatzpunkt hatten, sich, wenn sie noch da waren, dann doch wie der letzte Mohikaner fühlten mussten. In der Gesellschaft war eine Stimmung, dass selbst Sozialhilfeempfänger eigentlich nickten, wenn ihnen erklärt wurde, wie wichtig es ist, dass dort noch gespart wird. Wenn man dann Begriffe wie Kapitalismus oder Kapitalismuskritik dann doch mal in den Mund nahm, hatte man ganz oft den Effekt, dass sofort die Schotten runter gingen und sich die Linke dann doch sehr stark darauf reduziert hat, eher so, man kann das jetzt böse sagen, Ko-Manager zu sein bzw. das Schlimmste noch zu verhindern. Das will ich jetzt nicht runterspielen. Manchmal ist es wichtig, das Schlimmste zu verhindern. Aber es gab doch eine sehr starke Reduktion darauf. Hinzu kam, dass Linke selber nur noch als Besitzstandswahrer und Verhinderer angesehen wurden. Große Zeitungen feierten bei uns die Wahl des Verhinderers des Jahres, wo linke Politiker sich wiederfanden auf diesem wenig schmeichelhaften Platz gleich neben Gewerkschaftssekretären.

Damit einher ging eine Umdeutung, um nicht zu sagen Vergewaltigung von Begriffen. Eine ursprünglich sehr interessante Debatte darüber, was Gerechtigkeit heutzutage bedeutet, also dass es verschiedensten Formen gibt, dass man über Generationengerechtigkeit redet und zwar im Sinne von, welche ökologischen Schulden hinterlässt man, hat ja eine völlige Umdeutung stattgefunden. Generationengerechtigkeit wurde ja eher dann als Deckmantel missbraucht, um eine sozial ungerechte Umverteilung vorzunehmen. Das ging hin bis zu solchen Slogans, die die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ als neoliberales, hervorragend arbeitendes und sehr geschickt arbeitendes Propagandainstitut gesetzt hat, „gerecht ist, was Arbeit schafft“. In einer Gesellschaft mit einer enormen Arbeitslosigkeit - im Osten haben wir Regionen, wo jeder dritte arbeitslos ist,

also jede Familie direkt davon betroffen ist – klingt so was erstmal toll. Das Problem von dieser Interpretation ist, dass man ganz schnell bei dem Spruch ist, „gerecht ist, was Arbeit schafft, egal zu welchem Preis“, und sei es um den Preis einer zerstörten Umwelt, sei es um den Preis von Niedriglöhnen, oder das Ganze dann pervertiert in der Idee der 1 Euro Jobs, dass Leute für einen Euro die Stunde arbeiten. Freiheit kam dann sowieso bloß noch vor in dem Verständnis von Freiheit der Unternehmen. Oder Freiheit wurde kombiniert mit Eigenverantwortung, was auch erstmal toll klingt, aber was natürlich dann immer nur zu mehr von privater Vorsorge und zum weniger von solidarischer Umverteilung führte. Wir hatten dann irgendwann die Situation, wo Feuilletonisten schrieben, wenn die Leute heutzutage das Wort Reform hören, ist die erste Reaktion erstmal schnell die Taschen zuzuhalten, weil man weiß, es geht jetzt wieder ans eigene Portemonnaie.

Diese doch für Linke sehr frustrierende Situation hat sich verändert, wobei ich jetzt nicht in völlig Euphorie verfallen will, weil wir trotzdem immer noch Gesetzesentwürfe haben, die eine Verschärfung all dieser schlimmen Reformen vorsehen. Aber es hat sich doch einiges verändert. Ich würde noch nicht von einer Umbruchssituation sprechen. Aber man kann schon sehen, dass es Risse in dieser neoliberalen Hegemonie gibt. Und es gibt eine Tendenz, dass das Pendel wieder nach links schlägt. In Talkshows fragen inzwischen die Moderatorinnen von sich konservative Politiker, wie man von 345 Euro leben soll, was bei uns die Summe für das Arbeitslosengeld II ist. Es ist jetzt nicht so, dass an Universitäten gleich mehr keynesianische Professoren zu sehen sind. Aber auch dort gibt es einen gewissen Aufbruch und auch in der Gesellschaft. Wir haben nicht mehr die Situation, dass Sozialhilfeempfänger nicken, wenn man sagt, die Sozialhilfesätze müssten jetzt auch noch gekürzt werden. Und es gibt auch gerade unter jungen Leuten wieder eine zunehmende Skepsis gegenüber Kapitalismus. Eine Studie von Forster hat das über Jahre hinweg analysiert. Die Erkenntnis, dass der Kapitalismus vielleicht doch nicht das Ende der Geschichte sein kann, nimmt zu. U.a. weil man jetzt auch sieht, über 15 Jahre nach dem politischen Umbruch im Osten, dass viele Probleme eben nicht gelöst wurden sondern sich verschärft haben. Die Gewerkschaften selber lösen sich aus der Umklammerung nur einer Partei und fangen auch wieder an, eigene Themen auf die Agenda zu setzen unabhängig davon, ob es schon von der SPD Zentrale genehmigt worden ist oder nicht.

In all diese Prozesse hinein ist dann der Parteineubildungsprozess platziert. Ich denke, das es da Wechselwirkungen gibt. Die neue Partei, besteht formal juristisch noch gar nicht, aber es gibt bereits eine starke Kooperation. Und rein organisatorisch kann man sagen, dass dieser Prozess in einem Jahr vollendet sein wird. Wir hatten immer schon mal eine Veränderung, was die politische Akteurslage angeht. Schon vor vielen Jahren gab es ja mit der globalisierungskritischen Bewegung, mit den Sozialforen einen Aufschwung und neue politische Akteure. Aber das sind doch Strukturen, die sehr konjunkturabhängig sind. Beim letzten Europäischen Sozialforum waren mitnichten so viele wie in den Jahren davor. Aber was uns gelungen ist, ist das Parteiensystem erstmals wieder nach links zu verschieben. In diesen Prozess hinein findet jetzt eine Debatte statt. Gerade dadurch, dass so vieles neu ist, man auch nicht mehr sich auf alten Gewissheiten ausruhen kann. Ich finde, das ist sehr gut. Das genau braucht die Linke, dieses neue Nachdenken.

Ich habe gemeinsam mit der engen politischen Mitstreiterin emanzipatorische Denkanstöße für eine neue linke Partei, zu Papier gebracht. Wir beziehen uns natürlich zum einen auf die ganz konkreten sozialen Auseinandersetzungen, die stattfinden. Ziel und Aufgabe in einer linken Partei muss es sein, zuallererst einen linken Kontrapunkt zu setzen, wobei es dabei nicht nur darum gehen kann, defensiv den Status Quo zu verteidigen. Es gibt immer wieder Versuche, uns, diese neue linke Partei, als reine Protestpartei abzustempeln. Ich finde aber, die höchste Form von Protest ist immer zu sagen, was man statt dessen möchte. Was ist uns ganz wichtig, einzubringen in diesen Prozess? Das ist, dass man Freiheit und Selbstbestimmung als grundlegende Motive linker Politik begreift und nicht nur indem man sie additiv dazu setzt, sondern dass man es wirklich immer mitdenkt bei den grundlegenden Auseinandersetzungen. Wobei man hier auch deutlich machen muss, dass sich unser Verständnis von Freiheit deutlich unterscheidet von dem Zerrbild von Freiheit, welches

Wirtschaftslobbyisten in den letzten Jahren geprägt haben, wo Freiheit nur hieß die Freiheit der Unternehmen, jetzt noch besser und noch effektiver die sozial Schwächeren ausbeuten zu können. Ich verstehe, wenn ich den Begriff Freiheit positiv verwende, darunter die Sicherheit, dass man seinen eigenen Lebensentwurf selber wählen und selber gestalten kann. Ich werbe auch darum, dass sich innerhalb dieser neuen linken Partei stärker ein emanzipatorisches Verständnis ausprägt. Und da geht es nicht darum, noch eine weitere Strömung aufzumachen.

Eine Frage ist natürlich, welche Strategie sollen Linke einschlagen. Das ist ja eine heiß diskutierte Debatte. Lässt man sich nicht nur aufs Parlament sondern sogar noch auf eine dann immer mit Kompromisszwängen versehene Regierungsbeteiligung ein? Ist man eher eine bewegungsorientierte Partei? Ich finde, diese Debatte muss man auflösen, indem man sich klar zum strategischen Dreieck bekennt. Also das Denken über den Kapitalismus hinaus, Protest und Widerstand gegen Verschlechterungen, die anstehen, und konkrete Gestaltung und Verbesserungen hier und heute, muss zusammen gedacht werden und nicht nur im Sinne von, man akzeptiert, dass es in der Partei Leute gibt, die lieber auf die Straße gehen, und man akzeptiert, dass es Leute gibt, die sich eher zu ministrablen Sachen neigen, sondern es muss zusammenspielen.

Eine weitere Frage, die in dem Zusammenhang eine Rolle spielt, ist das Verhältnis der Linken zum Staat. Das Land, das ich noch 12 Jahre erleben durfte, hatte dann doch ein eher sehr paternalistisches Staatsverständnis. Das ist ein Verständnis, das ich nicht teilen würde. Aber ich finde, Aufgabe von Linken ist es, heutzutage mehr denn je dafür zu sorgen, dass Staat und Politik handlungsfähig sind. Dazu gehört natürlich auch, dass sie Geld haben. Und dazu gehört vor allen Dingen, dass sie gegenüber Unternehmen handlungsfähig sind. Wir wollen eine Revitalisierung des Politischen. Ein Problem der Linken ist, dass sie sich in ihren historischen Traditionen schnell verengt. Die Arbeiterbewegung ist eine ganz wichtige Tradition. Ich bin froh, dass meine Fraktion ihren Fraktionssaal als Clara-Zetkin-Saal benannt hat. Also das Anknüpfen an diese Tradition. Aber ich finde, wir müssen viel stärker die Pluralität unserer Ansätze und Tradition in den Mittelpunkt stellen. Es gibt auch Bewegungen, die sich nicht nur mit ökonomischen Unterdrückungsformen auseinandergesetzt haben sondern die sich auch eingesetzt haben für Emanzipation von rassistischer, von sexistischer Unterdrückung. Auch die Bewegungen in den 1970er Jahren, das Streiten für Freiheit von staatlicher und autoritärer Unterdrückung sind Quellen, auf die wir uns beziehen müssen. Wenn uns die Geschichte der Linken eines gelehrt hat, dann das, dass man sich in Acht nehmen muss vor ökonomistischen Verkürzungen. Soll heißen die Hauptwiderspruchsfälle. Es tauchen auch heutzutage diese Tendenzen wieder schnell auf, dass man angesichts all dieser sozialen Grausamkeiten, mit denen wir immer wieder konfrontiert sind, dann doch darauf reduziert, nur das jetzt abzuwehren. Ich glaube, man muss die Vielfältigkeit von Unterdrückung, sei es Unterdrückung zwischen Männern und Frauen, in Familien oder auch von anderen Lebens- und Lebensweisen thematisieren.

Ich möchte den folgenden Teil in zwei Aspekte aufteilen. Das eine ist, wenn man sich kritisch auseinandersetzt mit der Gesellschaft, was heißt Freiheit und Selbstbestimmung immer mitzudenken und dann natürlich die zentrale Frage zu stellen, was kann man anders machen, was wären zentrale Transformationsprojekte.

Zur Kritik des unfreien Lebens. Natürlich ist es oberste Aufgabe von Linken auch heute, sich mit der kapitalistischen Barbarei kritisch auseinanderzusetzen, auch sich zu einem Antikapitalismus zu bekennen. Man muss sich nur anschauen, wie stark die jetzigen bestehenden ökonomischen Machtverhältnisse auf der einen Seite Reichtum vermehrt haben und auf der anderen Seite Hunger und Elend immer wieder reproduziert und noch erweitert haben. Deswegen meine ich schon, die Frage, ob der Kapitalismus das Ende der Geschichte ist, muss man mit einem klaren „es lohnt sich darüber hinaus zu denken“ beantworten.

Der zweite Aspekt der Kritik des unfreien Lebens ist der Zwang zur Arbeit und die Krise der Arbeitsgesellschaft. Wobei ich jetzt nicht zu den Leuten gehöre, die meinen, die Krise der Arbeitsgesellschaft besteht darin, dass die Arbeit gänzlich verschwinden wird. Das denke ich nicht. Aber wir Linken sollten den Wandel der Arbeitswelt stärker verinnerlichen. Er drückt sich eben nicht nur in Massenarbeitslosigkeit aus sondern in verschiedensten Arten auch in der Prekarisierung, Zunahme von Brüchen in Erwerbsbiografien. Dem muss man sich stellen. Ein Punkt, den ich sehr stark kritisiere, ist der Zwang zur Aufnahme von Arbeit. Der funktioniert auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Eine Form ist die klassische Form administrativ, dass Leute gezwungen werden. Aber eine viel subtilere und deswegen viel wirkungsmächtigere Art des Zwanges zur Arbeit sind natürlich finanzielle Daumenschrauben. Wir haben jetzt durch die Hartz-Reformen in der Bundesrepublik einen Zwang zur Arbeit, der Erwerbslose unter Druck setzt, eigentlich jeden Job, der ihnen angeboten wird, anzunehmen. Und das hat nicht nur ökonomische Folgen für Erwerbslose. Inzwischen sind die Leute inzwischen bereit, von heute auf morgen Lohnkürzungen von 20% zu akzeptieren. Inzwischen haben selbst in Bayern eher konservative Arbeitsgerichtsrichter gesagt, das sei nicht mehr hinnehmbar, was jetzt passiere. Dies hängt damit zusammen, dass man die finanziellen Daumenschrauben bei Erwerbslosen so stark anzieht. Aber das ist nicht nur eine ökonomische Frage, sondern ich finde auch, hier wird die politische als auch die religiöse Handlungs- und Gewissensfreiheit extremst gefährdet. Ein Moslem kann nun natürlich gezwungen werden, in der Schweineschlächtereier zu arbeiten. De facto könnte ein Gewerkschaftsfunktionär gezwungen werden, bei neoliberalen Instituten wie Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft als Pressesprecher zu arbeiten. Leute, die ihr Leben lang in der Umweltbewegung gegen Atomenergie tätig waren, könnten zur Not gezwungen werden, bei der Atomkraftlobby zu arbeiten. Oder ein überzeugter Vegetarier muss in eine Fleischerei. Das sind jetzt nur einige sehr zugespitzte Beispiele, die deutlich machen, dass es, wenn ich gegen Zwang zur Arbeit bin, mir nicht nur um ökonomische Aspekte geht sondern darum, dass man selber entscheiden können muss, mit welcher Tätigkeit man einen Großteil seines Lebens zubringt. Es ist nun mal so in der heutigen Gesellschaft, dass der Arbeitsplatz das ist, was das eigene Leben mit am meisten prägt. Neben der Entscheidung, mit welchen Menschen man zusammen seine Zeit verbringen möchte. Hinzu kommt, dass der heute praktizierte Zwang zur Arbeit die Verhandlungsposition von potenziell Beschäftigten oder tatsächlich Beschäftigten deutlich verschlechtert. Immer wieder erzählen mir Leute, wenn sie sich bei ihrem Chef beschwerten, dass sie jetzt schon wieder unbezahlt Überstunden machen müssen, ihnen dann gesagt wird, ist doch alle mal besser als Arbeitslosengeld II, und ihnen dann natürlich nichts anderes überbleibt als zu sagen, klar, okay dann machen ich eben mal noch drei Überstunden. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, deutlich Kritik zu üben.

Wir haben natürlich ein Problem. Heutzutage ist es immer noch so, dass für die Mehrzahl der Menschen Sinnstiftung, Selbstverwirklichung, sowie das Erwirtschaften des eigenen Lebensunterhalts immer ganz stark mit Erwerbsarbeit in Verbindung gebracht wird, weswegen Arbeitslosigkeit für die meisten auch immer ein Sinnproblem ist. Dem muss man Rechnung tragen. Das darf aber nicht dazu führen, dass man jetzt unkritisch als Linke in den Chor einstimmt, Arbeit muss her, oder wie es auch meine Partei vor vielen Jahren gemacht hat zu plakativieren, Arbeit muss das Land regieren. Das führt ganz schnell zu einem ganz unkritischen Umgang damit. Ich finde, wir sollten schon als Linke um den entfremdenden Charakter von Erwerbsarbeit wissen. Und wir dürfen auch nicht in so eine Fortschrittfeindlichkeitsfalle tappen, dass man es noch toll findet, dass Müll sortieren zu Niedriglöhnen immer noch manuell gemacht wird, wo es inzwischen perfekt funktionierende Abfallsortieranlagen gibt, wo das alles Maschinen erledigen. Wer einmal in einer Müllsortieranlage war und den Gestank erlebt hat, unter dem dort Menschen jeden Tag arbeiten müssen, der weiß, es gibt Arbeiten, wo es gut ist, wenn das uns Menschen abgenommen wird.

Dritter Kritikpunkt, repressive Normensetzung. Unterdrückung trägt viele Gesichter. Dazu gehört natürlich auch, dass es immer wieder dazu kommt, dass ganz bestimmte Lebensweisen als hegemonial angenommen werden. Uns ist schon bewusst, dass es verschiedenste Normalitätsräume gibt. In einer katholischen Gemeinde gilt was anderes als normal, als wenn man jetzt in Berlin in

eine Schwulenkneipe oder in ein Lesbencafé geht. Und trotzdem glaube ich, wenn man möchte, dass jeder Mensch selber entscheiden kann, für welche Lebensweise er sich entscheidet, muss eine repressiv wirkende Hegemoniebildung beständig hinterfragt werden.

Vierter Kritikpunkt, Nein zum autoritären Sicherheitsstaat. Das deutsche Grundgesetz hatte einmal einen Schutzgedanken, der davon ausging, dass man den Bürger vor dem Staat schützen soll. Gegenwärtig hat man das Gefühl, dass die Sicherheitspolitik diesen Gedanken genau umdreht. Der Staat soll vor den Bürgerinnen und Bürgern geschützt werden. Die autoritären Elemente nehmen da deutlich zu. Die Flaggen ändern sich. Vor 6, 7 Jahren hieß es immer noch Bekämpfung von organisierter Kriminalität. Jetzt heißt es Terrorismusbekämpfung. Da werden immer mehr Grund- und Freiheitsrechte geopfert. Folter wird so über die Hintertür wieder salonfähig gemacht. Das ist ein Punkt, wo meine Partei schon sehr stark aus ihrer Geschichte lernen kann. Ich habe mich mit Leuten unterhalten, die früher beim Ministerium für Staatssicherheit waren. Die haben gesagt, wir haben das erlebt, wie man unter dem Vorzeichen einer ach so wichtigen Sache – damals hieß das Weltfrieden und der Sieg des Kommunismus – ganz schnell dabei, Grund- und Freiheitsrechte zu opfern. Dass man Wanzen ins Schlafzimmer setzten musste, hing damit zusammen, weil man den Weltfrieden sichern musste. Wenn man das einmal erlebt hat, wie wirkungsmächtig so ein Mechanismus ist, dann weiß man, wie gefährlich es heute ist, Grund- und Freiheitsrechte auf dem Altar vermeintlicher Sicherheit zu opfern, und muss dem was entgegen setzen. Deswegen gilt: der Schutz der Privatsphäre, das Recht auf informelle Selbstbestimmung ist unantastbar.

Um ein Beispiel zu nennen. Ich weiß nicht, ob Sie davon gehört haben. Bei uns wird der Sozialspitzeldienst ausgebaut. Das heißt im Beamtendeutsch, der Außendienst wird eingerichtet, der die Lebenssituation von Erwerbslosen überprüfen soll. Im Klartext heißt das, Leute werden hingeschickt zu den Erwerbslosen. Und es wurde schon stolz im Bericht des ehemaligen Wirtschaftsminister darüber berichtet, die gehen dann bis in die Schlafzimmer und schauen, wie groß die Kuhle im Bett ist um nachzuweisen, dass die alleinerziehende, Arbeitslosengeld-II-Empfängerin die Nacht nicht alleine verbracht haben kann, weil die Kuhle so groß ist, dass davon auszugehen ist, dass sie doch in einer Lebenspartnerschaft sich befindet, der Mann also womöglich Geld verdient, und der Mann jetzt für sie aufkommen muss. Da sage ich, BürgerInnenrechte gelten für alle Bürger, oder sie sind keine BürgerInnenrechte.

Aber ich finde, es ist ja immer sehr deprimierend, nur über Sachen, die man kritisiert, zu reden. Da ich vorhin das strategische Dreieck angesprochen habe und auch gesagt habe, ich möchte mich nicht mit der real praktizierten Demokratie und dem real existierenden Kapitalismus als Ende der Geschichte zufrieden geben, ich aber auch nicht glaube, dass es uns Linken reicht, wenn wir uns ein utopisches Gemälde von der Zukunft malen und dann hoffen, dass das auch allen anderen gefällt, was mir gefällt, und dann würde das schon irgendwann kommen, der Kapitalismus würde irgendwann abgeschafft werden und womöglich der demokratische Sozialismus auf dem Silbertablett präsentiert, müssen wir uns der Debatte um Transformationsprojekte stellen, also Projekten, mit denen man im hier und heute anfangen kann, die Lebenssituation zu verbessern, die aber das Potenzial haben, das System grundlegend zu verändern. Ich möchte hier nur ein paar zur Diskussion stellen. Die, die ich jetzt benenne, erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich habe bewusst ein paar zur Papier gebracht, wo ich selber erlebt habe, dass die viel Diskussionsbedarf auch in meiner Partei ausgelöst haben.

Zum einen, soziale Sicherheit muss individuell sein. Wir Linken müssen uns vom Alleinernährermodell verabschieden. Wir haben das Problem, dass das Sozial- und Steuersystem immer noch ganz klar vom Mann als Hauptverdienerausgeht und die Frau erzieht dann die Kinder, oder jetzt ein bisschen emanzipierter, dann verdient sie nebenbei in Form von Minijobs oder Teilzeitarbeit. Das führt natürlich zu diesem gegenseitigen Anrechnen von Einkommen. In einer pluralisierten Gesellschaft, in der von dem Einzelnen noch immer mehr Flexibilität erwartet wird, in einer Gesellschaft, wo sich auch die Lebensentwürfe verändert haben, es nicht mehr nur um dieses

eine feste Familiengefüge geht, sondern Menschen sich die Zusammenhänge, in denen sie leben, immer wieder neu denken, kommt es wirklich darauf an, dass man soziale Sicherheit und soziale Rechte immer vom Individuum aus denkt.

Ich werbe für ein neues Leitbild vom Sozialstaat, und zwar bezeichnen wir das als einen demokratischen Sozialstaat. Die Ursprungsidee unserer sozialen Sicherungssysteme war ja, so genannte Arbeitnehmer in Zeiten von Alter oder vorübergehender Arbeitslosigkeit materiell abzusichern. Das wird in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit ein Begründungsproblem. Deswegen kommt es jetzt viel stärker darauf an, dass ein Sozialstaat dazu da ist, um allen Bürgern, überhaupt zu ermöglichen, an Demokratie teilzuhaben, die Menschen, die vom Sozialstaat profitieren, nicht nur als potenzielle Arbeitnehmer zu sehen sondern auch als Bürger. Um es anhand eines Beispiels zu erläutern. Wer heute Arbeitslosengeld II in der Bundesrepublik bekommt, kann sich keine Tageszeitung mehr leisten. Was bedeutet das für die Demokratie, wenn immer mehr Menschen nicht mehr tagtäglich an dem teilhaben können, was an politischer Debatte passiert? Das Problem ist, dass häufig demokratische Teilhabe darauf reduziert wird, alle vier Jahre beim kleineren Übel ein Kreuz zu machen. Eine Möglichkeit, die immer weniger Leute wahrnehmen. Aber eine Demokratie lebt davon, dass sich alle einbringen. Und dazu muss ihnen Teilhabe an Gesellschaft ermöglicht werden.

Ein zweites Transformationsprojekt ist das bedingungslose Grundeinkommen in Verbindung mit Arbeitszeitverkürzung. Ich mache das jetzt ganz kurz. Bedingungsloses Grundeinkommen heißt, dass jedem Menschen qua Existenz eine feste Summe zusteht. Die muss dann je nach nationalem Lebensstandard natürlich ermittelt werden. Sie sollte nicht nur ein Leben jenseits von Armut sondern auch mal einen Theaterbesuch und die Tageszeitung etc. ermöglichen. Dieses Grundeinkommen soll Menschen zustehen ohne Bedürftigkeitsprüfung, individuell und ohne dass sie verpflichtet sind, eine bestimmte Arbeit anzunehmen. Was wären die Vorteile von solch einem Grundeinkommen? Zum einen wird der Einzelne wirklich in die Lage versetzt, selbst zu entscheiden, mit welcher Tätigkeit er sich verwirklichen möchte und der Gesellschaft nützen möchte. Zum zweiten wird die Verhandlungsmacht derjenigen, die nur ihre Arbeitskraft als Ware haben, deutlich verbessert. Wenn ich sicher bin, dass ich zumindest das, was ich als Basisausgaben brauche, habe, kann ich auch viel besser zu meinem Chef sagen, ich mache jetzt keine Überstunden, ich würde gern mal über eine Gehalterhöhung reden und im übrigen bin ich der Meinung, wir müssten unsere Umweltstandards deutlich verbessern, und außerdem haben wir noch eine Idee, wie wir ganz andere Sachen herstellen können. Also das Grundeinkommen dient auch zur Stärkung der Verhandlungsmacht der Beschäftigten. Zum dritten meine ich, wir brauchen dringend eine Umverteilung der noch vorhandenen Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung. Da stellt sich aber immer die Frage, wie setzt man das durch. Es gibt die Möglichkeit, das kollektiv über gewerkschaftliche Auseinandersetzung zu erstreiten. Das ist aber nicht mehr für alle Arbeitsfelder möglich. Z.B. in der Wissenschaft nützt eine Wochenarbeitszeit von 30 oder 20 Stunden nur bedingt was, weil da eher Projekt bezogen gearbeitet wird. In Deutschland wird immer eine Summe von 800 bis 1.000 Euro gehandhabt. Wenn jemand sicher 1.000 Euro im Monat hat, kann er sich viel freier entscheiden, nur 20 Stunden die Woche zu arbeiten, und kann damit weitere 20 Wochenstunden für jemanden frei geben, der vielleicht seit Jahren verzweifelt nach einem Arbeitsplatz sucht. Oder man kann sich freier entscheiden, auch mal ein Sabbatjahr für die Weiterbildung einzugehen, und damit auch wieder bezahlte Erwerbsarbeit freizusetzen für andere. Viertens, ein bedingungsloses Grundeinkommen ermöglicht den Leuten, leichter ein ökonomischer Akteur nach eigener Art zu werden. Also die Gründung von Genossenschaften, von Bildungsvereinen, aber von kleinen Kooperativen ist viel leichter, wenn die Grundaufgaben der Menschen gedeckt sind.

Ein weiterer großer Vorteil der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist, dass wir anfangen uns zu verständigen über den Charakter von Erwerbsarbeit, zu fragen, ist jede Arbeit heutzutage wirklich wertvoll für diese Gesellschaft, oder gibt es Arbeiten, die nicht eher problematisch sind, und gibt es andere Tätigkeiten, die bisher nicht bezahlt werden, nicht so

wertgeschätzt werden, die aber mindestens genau so wichtig sind wie Erwerbsarbeit in dieser Gesellschaft. Prof. Kreibich vom Zukunftsinstitut hat das mal so beschrieben, „Wer heutzutage am Tag eine Stunde im Wald spazieren geht und darüber nachdenkt, was für die Gesellschaft wichtig ist und welche Geschichte er abends seinen Kindern beim Einschlafen erzählen kann, wird als Faulenzer bezeichnet. Und wer sein Geld damit verdient, den Regenwald abzuholzen, gilt als toller, erfolgreicher Geschäftsmann, der echt was schafft.“ Ich finde, wer Regenwald abholzt, schadet der Gesellschaft mehr, als wer eine Stunde am Tag im Wald spazieren geht.

Ein weiteres Transformationsprojekt stellt die grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft sowie der Wirtschaft dar. Wirtschaftsdemokratie gehört wieder auf die Tagesordnung. Aber nicht nur bei privat organisierten sondern auch bei öffentlichen Unternehmen. Ich habe mich selber stark gegen Privatisierung von öffentlicher Daseinsfürsorge engagiert, finde aber, wir dürfen dabei nicht stehen bleiben. Allein das, was in Staatsbesitz ist, ist noch kein Garant dafür, dass es den Beschäftigten dort besser geht, kein Garant dafür, dass es dort unbedingt transparenter und noch demokratischer zugeht. In Sachsen, wo ich herkomme, gab es eine Landesbank. Die war offiziell Landeseigentum. Das war aber ein Hort von Korruption und Sippenwirtschaft. Und die einfachen Mitarbeiter hatten es dort verdammt schwer. Es gibt nicht diesen Automatismus. Deswegen muss man gerade auch bei öffentlichen Unternehmen über mehr Transparenz nachdenken. Ein zweiter Bereich im Zuge der Demokratisierung ist natürlich neben den Wahlen andere Formen von direkter Demokratie zu ermöglichen. Wir haben deswegen auch in Berlin in drei Bezirken jetzt die Bürgerhaushalte wie in Porto Alegre eingeführt.

Ein vierter zentraler Bereich von Transformation besteht bei der Bildung. Ein Bildungssystem, was junge Menschen dazu ermuntert, kritisch zu denken, garantiert noch keine grundlegende Transformation in eine bessere Gesellschaft. Es ist aber eine deutlich bessere Voraussetzung als ein Bildungssystem, das Leute nur darauf trimmt, die Ellenbogen auszufahren. Deswegen streite ich auch für eine andere Schul- und Lernkultur, in der es stärker schon den Prozess des gemeinsamen Aushandelns gibt, gemeinsame Wege finden, also ein demokratischeres Schulverständnis ist. Wolfgang Engler hat noch einen ganz wichtigen Aspekt hinzu gefügt zu der Bildungsdebatte. Er hat gesagt, eine zentrale Aufgabe von Bildung besteht heutzutage darin, den Menschen dazu zu ermuntern, seinem eigenen Leben Sinn und Bewandnis zu geben auch dann, wenn der Absprung in die Arbeitsgesellschaft mal nicht klappt. Jetzt sage ich nicht, dass die Leute alle darauf gepolt werden sollen, dass es toll ist, arbeitslos zu sein. Aber zumindest, dass man nicht darauf angewiesen ist, Arbeit zu haben, um seinen Tag strukturiert zu bekommen, Schließlich gibt auch jenseits der Erwerbsarbeit viele sinnvolle Tätigkeiten .

Da wir hier im Kreisky Forum sitzen, möchte ich schon noch hinzufügen, was für emanzipatorische Linke, wie ich sie verstehe, ganz wichtig ist, ist ein positiver Bezug auf Europa. Viele Linke haben den Fehler gemacht, auf Grund der politischen Ausrichtung der EU sehr schnell in den Europaskeptizismus zu verfallen. Ich finde aber, die Linke sollte wissen, dass linke Politik immer das Überschreiten des nationalen Tellerrandes bedarf und dass es nicht darauf ankommt, Europa zu bekämpfen sondern für eine Neuausrichtung europäischer Politik zu streiten, dass man die Instrumente, die die Europäische Union jetzt schon hat, nutzt. Ich habe in Sachsen erlebt, wie die EU Kommission eine stockkonservative Landesregierung, die eigentlich nie viel mit Umweltschutz am Hut hat, gezwungen hat, Flora-, Faunahabitatgebiete auszuweisen. Das hätten die von sich aus nie gemacht. Dazu hat die EU sie gebracht. Diese Instrumente sollten noch viel stärker im sozialen Bereich und im Bereich von Demokratisierung eingesetzt werden.

Wie soll es gehen? Für Linke muss auch klar sein, dass Weg und Ziel in einem Verhältnis zueinander stehen müssen. Deswegen müssen wir auch immer die Frage nach den Methoden stellen. Allein intransparente und herrschaftliche Methoden konterkarieren jeden noch so fortschrittlichen Ansatz . Es ist manchmal schwierig – das erlebe ich jetzt auch beim Parteineubildungsprozess -, möglichst alle Akteure zu beteiligen, mit allen alles auszudiskutieren.

Es gibt bestimmt kurzfristig gesehen effizientere Methoden als den Prozess der Einbeziehung vieler Akteure. Aber ich glaube, am Ende, wenn man einen nachhaltigen Effizienzbegriff hat, ist es notwendig, alle einzubeziehen. Wir haben das versucht im Bundestag mal zu praktizieren oder darzustellen, was wir darunter verstehen. Es gab gerade in Ostdeutschland ganz starke Proteste, die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV. Wir haben nach den Bundestagswahlen einen Antrag eingebracht, wie man Hartz IV überwinden kann, haben das aber nicht so gemacht, wir als Fraktion setzen uns hin, schreiben einen tollen Antrag und fahren danach rum, um allen zu erzählen, wie toll unser Antrag ist. Sondern wir haben die Hartz Demonstranten in den Bundestag eingeladen. Das Problem war, der größte Saal ist gesprengt worden. Also mussten wir in den CDU Saal. Und der war noch zu klein, weil so viele gekommen sind. Wir haben sie gebeten um ihre Anregung, ihre Kritiken an unserem Antrag, und haben die noch miteingearbeitet, bevor wir ihn eingebracht haben ins Plenum. Das hat viel Arbeit gemacht, weil natürlich Leute, die demonstrieren, nicht immer die parlamentarischen Spielregeln mitdenken. Aber es war auf der anderen Seite gut für uns, dass man gar nicht erst anfängt, betriebsblind zu werden.

Zu dem emanzipatorischen linken Politikverständnis gehört auch, dass man nicht sagt, ich habe die Antworten, die stelle ich in den Raum und hoffe, ich überzeuge dann die Zuhörschaft mit meinen Argumenten. Sondern zum emanzipatorischen linken Politikverständnis gehört, dass man vor allen Dingen eine Diskurskorridor öffnet. Insofern bitte ich auch, meine Vorstellung heute eher als eine Einladung zur Diskussion zu verstehen, und freue mich jetzt auf die Diskussion mit Ihnen.

### **Misik**

Danke für diese eloquente Einführung. Ich habe furchtbare viele Fragen an dich. Es haben einige hier im Saal aufgemerkt, wie du erzählt hast, dass es in Sachsen eine Landesbank gibt, die im Staatsbesitz war. Und obwohl sie im Staatsbesitz war, ist dort nicht alles zum Guten gestanden. Hier haben wir die Erfahrung, es können Banken sogar im Besitz der Gewerkschaft sein, und es geht dort nicht alles wunderbar zu. Die österreichische politische Linke im ganz weiten Sinne ist deswegen gerade in einer Krise. Wir kennen das Problem. Mir hat der Vortrag sehr gut gefallen und auch das Papier, das ich vor der Veranstaltung gelesen habe, weil es Freiheit und Gleichheit versucht zusammen zu denken und zwar nicht einfach so additiv sondern als gleichwertige Werte, die sich gegenseitig durchdringen. Ungleichheit als etwas, was Freiheit einschränkende Wirkungen hat. Und schroffe Ungleichheit heißt Freiheit für wenige und Unfreiheiten für andere. Aber Gleichheit auch etwas, was sehr stark mit Freiheit verbunden ist, nämlich mit Respekt vor der Vielfalt jedermanns und jederfraus Entscheidung, welche Lebensentwürfe man anhängt mit allen Paradoxien natürlich, weil diese Vielfältigkeit, auf deren Basis wir uns bewegen, ist eine Vielfältigkeit, die in diesem Kapitalismus produziert worden ist. Aber zu diesen sehr kniffligen Fragen möchte ich erst zum Schluss kommen. Ich habe jetzt eher banale Fragen. Jemand wie Franz Walter, der deutsche Politikforscher, hat einmal gesagt, es gibt das Problem, dass in der Linken die einfachen Antworten fehlen. Jetzt kann man natürlich sagen, da alle Sachen kompliziert sind, ist das gut, dass wir keine einfachen Antworten haben, und es wäre schlecht, wenn wir so täten, als hätten wir sie. Aber wenn man sich gleichzeitig vor Augen führt, wenn man einen Linken in den 1930er, 1940er, aber auch in den 1950er Jahren und noch 1960er Jahren mitten in der Nacht geweckt hätte und gefragt hätte, was denn getan werden müßte, um die Gesellschaft auf einen guten Weg zu bringen, dann hätte der keine Schwierigkeiten gehabt, selbst wenn man ihn aus dem Halbkoma geholt hätte: Vergemeinschaftung der Produktionsmittel, Vergemeinschaftung der Verfügungsgewalt und Macht der Arbeiterklasse. Wenn man heute einen Neoliberalen weckt um drei Uhr in der Nacht und ihn fragt, was muss getan werden, weiß der sofort: Steuern runter, Staat verschlanken, Investitionshemmnisse wegräumen. Wenn man heute einen Linken im wachen Zustand fragt, wird er nicht so klare Antworten geben können. Ist das nicht ein Dilemma? Ist dieses Glauben an die klare Richtung nicht das, was eigentlich gesellschaftsverändernde Kraft motiviert? Kommt gesellschaftsverändernde Energie ohne so etwas aus? Fehlt uns das? Oder wüsstest du, was du sagen musst, wenn ich dich morgen um drei Uhr früh anrufe und sage, gib mir die Antwort: Jetzt?

## **Kipping**

Ich würde nie rangehen, weil ich finde, dass das Recht auf Schlaf ein Menschenrecht ist. Wir als Linke neigen schon sehr dazu, ins Detail zu gehen und verkopft zu sein. Aber manchmal gibt es da eine gute Schule, nämlich wenn man versucht, Sachen zu übersetzen. Das ist mir auf dem Europäischen Sozialforum nochmals sehr deutlich geworden. In den Diskussionen, wo sich die Leute alle auf eine Sprache geeinigt hatten um sich zu verständigen, musste man immer mitdenken, wie übersetzt man das. Dann fängt man schon an, Sachen auf ihren Kernes zurückzuführen. Das ist eine gute Schule, die den Linken auch gut tut. Ich möchte aber doch ein Plädoyer gegen den ganz festen Glauben an die eine Richtung brechen, weil die Geschichte zeigt, dass auch der ganz feste Glaube an die klare Richtung dazu führt, dass am Ende genau diese Richtung in der Sackgasse endet, wenn man das andere nicht mitdenkt. Ein Erfolg dieses neuen linken Parteiprojektes ist, dass es schon wieder ein stärkeres Verständnis davon gibt, was links ist. Wenn ich das jetzt mal so beschreiben würde, ist das natürlich zum einen eine Umverteilung. Und zwar zum einen Umverteilung von oben nach unten, zum anderen aber auch von privatem zu gesellschaftlichem Reichtum. Und zum zweiten ist es auf jeden Fall ein Mehr an Demokratie, ein Mehr an Möglichkeiten, sowohl das eigene Leben als auch die Gesellschaft mitprägen zu können für jeden einzelnen. Ich habe es versucht, zu verkürzen auf einen Satz und zu sagen, die Linke heute muss sowohl das Thema gemeinschaftliche Verfügungsgewalt über Produktionsmittel thematisieren als auch die Verfügungsgewalt über das eigene Leben. Dieser Dualismus ist meiner Meinung nach zentral für linkes Denken.

## **Misik**

Es gibt ein Zitat des polnischen Philosophen Leszek Kolakowski, der einmal gesagt hat, die Linke scheidet Utopie aus wie die Bauchspeicheldrüse Insulin. Die Linke hat ja auch immer gleichzeitig ein bisschen Wert darauf gelegt, dass sie anti-utopisch ist, jedenfalls die Linke in der marxistischen Tradition, indem man gesagt hat, wir sind ja gar nicht utopisch, wir sind ja eigentlich streng wissenschaftlich und leiten unsere Gewissheit, dass alles in Richtung auf eine kooperativere Art von Gesellschaft hinausläuft, ab von der Analyse dessen, was jetzt ist. Das heißt, wir arbeiten mit den Kräften der Wirklichkeit, mit den Kräften, die jetzt in der Wirklichkeit schon wirken. Gleichzeitig wirkte natürlich immer ein inneres utopisches Motiv in dieser Linken, weil man hat ein Bild vor Augen gehabt, wie eine gute Gesellschaft aussehen könnte. Wenn es auch nicht ausformuliert war, man hat eine Fantasie gehabt. Jetzt kann man sagen, diese Fantasie braucht man ja gar nicht, weil vieles von dem, was an Sozialreformen geleistet worden ist in der Linken, war eine Sozialreform, weil man Probleme bearbeitet hat: soziale Probleme, Ungleichheiten, Rechtlosigkeiten. Dagegen hat es Widerstand gegeben. Und auf Grund dieser Widerstände sind Reformen durchgeführt worden. Und das Resultat war sozialer Fortschritt. Gleichzeitig braucht es natürlich auch diese Utopie, glaube ich. Auch wenn das Ergebnis sozialer Fortschritt ist und nicht Realisierung dieser Utopie, die Utopie hat schon die Kraft gegeben, sich für diese Sozialreform zu engagieren. Jetzt frage ich dich, gibt es noch so eine Utopie? Oder ist das, was du skizziert hast, schon so etwas wie ein Restbestand an Utopischem?

## **Kipping**

Mein Verhältnis zur Utopie. Ich habe selber Literaturwissenschaften studiert und muss gestehen, da ist vielleicht dann die Kunst der Politik um einiges voraus, weil ich dort auf verschiedenste ästhetisch interessante Formen von Utopien gestoßen bin, sei es *Ökotoxia* oder *Was tun?* von Tschernyshevskij wo ich sagen muss, dass die mich doch in meinem politischen Wirken auch in ganz praktischen Sachen doch sehr motiviert und zumindest inspiriert haben. Deswegen würde ich aus meinem eigenen Erleben sagen, eine Utopie hilfreich ist. Vor allen Dingen, wenn man berücksichtigt, dass es doch zwischen Basis und Überbau doch immer eine Wechselwirkung gibt. Ein Punkt, wo wir von attac lernen können: Sie sprechen nicht von einer fertigen Utopie, die man klar anzielt, aber von einem utopischen Überschuss. Sie bringen ihn so auf den Punkt, genug für alle. Ich habe es etwas mehr konkretisiert, was vielleicht wieder daran liegt, dass man als Parlamentarierin dann etwas konkreter reingeht. Aber die Vorstellung eines wirklich durchgesetzten

bedingungslosen Grundeinkommens nicht nur als Projekt gedacht, sondern wenn man mitdenkt, was bedeutet was für Veränderung an Gesellschaft, ist eine Utopie bzw. ein utopischer Überschuss, für die/ den es sich lohnt zu streiten. Wenn du in konkreten sozialen Auseinandersetzungen drinnen bist wie ich jetzt im Bundestag, bekommt man schnell das Gefühl, alles entwickle sich die falsche Richtung, man muss permanent Abwehrkämpfe führen und muss noch versuchen, dem einzelnen zu helfen, weil man kann sie ja dann auch nicht stehen lassen, wenn die Leute mit dem Problem an die Tür klopfen. Gerade für diese Arbeit ist das Wissen darum, dass man sich nicht darauf beschränkt, Abwehrkämpfe zu führen, unwahrscheinlich motivierend und im übrigen sogar hilfreich bei diesen Abwehrkämpfen. Ein alternativer Entwicklungsweg ist nicht nur denkbar sondern auch machbar

### **Misik**

Das erinnert mich an mehrere Sätze sowohl von Gramsci als auch von Marx. Gramsci sagt, dieses Gefühl, die Geschichte läuft eh in unsere Richtung, hat eine unglaublich bestärkende Wirkung, aber natürlich auch ein bisschen fast alkoholisierende Wirkung nach dem Motto, heute sind wir geschlagen, aber das macht nichts, weil morgen werden wir eh gewinnen. Marx selbst hat dieses Problem realisiert, indem er geschrieben hat, ja so war es bei den frühen Christen auch, die gesagt haben, heute werden wir verfolgt und verbrannt, aber das Himmelreich ist nahe. Das ist auch eine fast tragische oder ambivalente Geschichte. Einerseits spricht natürlich nichts dafür, andererseits ist es natürlich eine reale Kraft in der historischen Welt, solche Überzeugungen zu haben. Ein anderes Thema: Um noch einmal auf dieses Problem mit Gleichheit und Freiheit zurückzukommen und Freiheit jetzt übersetzt als Differenz. Was du versuchst, ist eine orthodoxe Linke mit dieser Freiheitskultur und Differenzkultur, die es ja schon gibt in unserer Gesellschaft, zu versöhnen. Ein bestimmter Strang der Linken, die Kulturlinke, hat sich ja so stark mit der Differenz in den letzten 20 Jahren beschäftigt und die Sorgen der kleinen Leute um die Gleichheit auch ein bisschen aus den Augen verloren. Jetzt ist natürlich theoretisch zwischen Freiheit und Gleichheit keine Differenz, weil Ungleichheit hat freiheitseinschränkende Wirkung. In der Praxis ist es natürlich schon so, dass es ein Problem gibt. Um Gleichheit durchzusetzen, haben sich Menschen zusammengetan, die andere als Ihresgleichen erlebt haben, und mit denen zusammen für mehr Gleichheit eingetreten sind. Das ist die Geschichte von Solidarität, von Parteienbildungen, Gewerkschaftsbildungen usw. Solche Begegnungen und solche Kämpfe setzen in einem gewissen Sinne einen gewissen Grad an sozialer Homogenität voraus. Und zu viel Differenz ist dann schon dem Kampf für die Gleichheit ein bisschen abträglich. Hat die Linke, ein bestimmtes Spektrum der Kulturlinken, in den letzten 15, 20 Jahren da die Differenzkultur ein bisschen zu sehr im Auge gehabt?

### **Kipping**

Vielleicht war es ja auch ein notwendiger Reflex auf eine eher linke Tradition, die die Differenz nicht nur aus den Augen verloren oder nicht ins Auge genommen hat, sondern ihr sogar entgegen gewirkt hat. Vielleicht war das auch eine Art antithetische Reaktion. Insofern sind wir jetzt schon auch gefragt, darüber nachzudenken, wie man jetzt vielleicht zu einer neuen Synthese kommen kann. Aber um das nicht so abstrakt zu diskutieren, will es mal am Beispiel der Gewerkschaften darstellen, was ich damit meine. Gewerkschaftliche Kämpfe haben natürlich immer von ihrem Ursprung her eher eine homogene Interessenslage als Grundlage gehabt. Gerade die starke Reduzierung auf den im Tarifvertrag steckenden, meist männlichen weißen Arbeitnehmer hat in den letzten Jahren zu einer Legitimationskrise der Gewerkschaften in linken Kreisen geführt. Ich sage das überhaupt nicht mit Hohn, weil das ist ein Problem. Ich beobachte, dass es dort jetzt ein leichtes Umdenken gibt. In Italien hat sich eine Gewerkschaft nur für Prekärbeschäftigte in Callcentern gegründet. Beim Sozialforum in Erfurt war ein Vertreter. Da haben wir life mitbekommen, wie er per Telefon organisiert einen Streik im Callcenter organisiert hat. Ich halte es für einen interessanten Ansatz sich auf die betrieblichen Kämpfe zu konzentrieren, aber zu realisieren, dass es eine Pluralisierung der Lebensentwürfe gegeben hat und zu sagen, das, was jetzt eigentlich von Nöten ist für Gewerkschaften ist ein neues Solidaritätsverständnis. Und zwar eine Solidarität zwischen all denjenigen, die nur ihre Arbeitskraft als Ware haben. Es braucht eine viel stärkere, gegenseitige Unterstützung von potenziell Beschäftigten, Erwerbslosen, Prekären und klassisch

Beschäftigten. Es gibt ja auch starke Versuche, sie gegeneinander auszuspielen. Wenn es um Gelder für Erwerbslose geht, wird immer gesagt, diejenigen, die jeden Tag auf Arbeit gehen, bezahlen das mir ihren Steuern. Und andererseits wird dann gesagt, die IG Metall fordert 5%, und wir sind froh, wenn wir überhaupt einen Job hätten und würden für die Hälfte arbeiten gehen. Diesen Ausspielversuchen muss man eine erneuerten Solidaritätsbegriff entgegen setzen und muss dann auch eine gemeinsame Protest- und Widerstandskultur entwickeln. Es gibt da zarte Pflänzchen. Die IG Metall hat ein Büro für soziale Bewegungen eingerichtet. Es gibt ein paar Demonstrationen, wo man zusammengearbeitet hat. Was man noch ausbauen müsste, wenn es betriebliche Kämpfe gibt, dass es da klare Unterstützung von sozialen Bewegungen, von Erwerbsloseninitiativen gibt, und dass aber genau so die Gewerkschaften dann auch sagen, wir streiten für einen Mindestlohn, auch wenn wir wissen, dass es unser Klientel nicht betrifft, aber wir wissen, es gibt viele, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind, und die brauchen den.

### **Frage**

Ich habe ein zusätzliches Dilemma und zwar die Schwierigkeit von Theorie und Praxis, die Schwierigkeit zwischen links blinken und rechts abbiegen. Mir ist aufgefallen, dass sie diesen Fusionsprozess relativ harmonisch beschrieben haben. Sie haben ein Grußwort am Bundesparteitag der WASG in Ludwigshafen gehalten. Sie wissen, dass am ersten Tag sehr stark über Berlin gestritten worden ist. Und das ist alles andere als unproblematisch. Sie haben von Protest und dem kleineren Übel, das Hand in Hand gehen muss, gesprochen. In Berlin geht es aber faktisch nicht um Verbesserungen. Berlin hat den ersten Schritt gemacht und ist aus dem Tarifvertrag ausgetreten. Berlin ist eine der Städte mit Linkspartei-Beteiligung, wo ein-Euro-Jobs sehr intensiv genutzt werden. Erst vor kurzem ist aus Berlin ein Beschluss von CDU und SPD unter Enthaltung der Linkspartei gefasst worden, wo die Familie Aydin ausgewiesen wurde, wo der SPD Senator sie offiziell als kurdische PKK-Anhänger gebrandmarkt hat. Was heißt das für eine türkische Familie, die dann aus Berlin in die Türkei ausgewiesen wird? Angesichts dieser ganzen Realpolitik, die in Berlin betrieben wird, wie kommt es da, dass ausschließlich Kritik an der Berliner WASG in diesem Parteibildungsprozess geübt wird, dass sie nicht gesprächsbereit ist, und nicht die Realpolitik der Berliner Linkspartei? Das zusätzlich noch, wo jetzt ihre Kollegin als Vizeparteichefin eine sehr harte Befürworterin ist, aus dem engsten Kreis von Harald Wolf kommt, der der Wirtschaftssenator der Linkspartei ist, und einen extrem harten Kurs fährt. Inzwischen ist es so, dass viele unorthodoxe Linke derzeit die WASG verlassen, weil sie mit diesem Fusionsprozess alles andere als zufrieden sind. Darin sehen sie keine linke Hoffnung in Deutschland.

### **Misik**

Ich übersetze für das in diesem Parteibildungsprozess im Detail nicht so informierten Publikum. Die Frage ist, ob die PDS nicht auch in Wirklichkeit neoliberale Arschlöcher sind, weil sie es in Berlin so machen? Es ist durchaus erlaubt, es pointiert so zu formulieren.

### **Frage**

Das Thema heißt „Was heißt eigentlich links?“. Es drängt sich mir die Frage auf, was heißt rechts? Wenn ich links und rechts habe, gibt es eine Mitte. Ob jetzt links oder rechts sind meiner Meinung nach ideologische Erkenntnisse, ich sage nicht Spielereien. Wenn es aber um die demokratische Macht geht, da haben wir dann die Mitte. Dann kämpft die Linke genau so verbissen um die Mitte wie die Rechte auch. Dann werden eigentlich diese ganzen ideologischen Grundsätze auf die Seite geschoben, denn demokratische Macht muss ausgeübt werden und da muss dann jeder Konzessionen machen. Ein praktisches Beispiel. Links. Ich bin Gewerkschaftsmitglied der Gewerkschaft der Privatangestellten. Ich kenne viele Betriebsräte. Die Kollegen von der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter haben mir gesagt, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter steht linker als wir Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter. Die Politiker müssen sich wenig an ihre Programme halten, die bestimmt gut sind. Karl Marx hat allerdings eines Kautsky bedurft, damit man es den deutschen Arbeitern erklären kann. Und Robert Owen war Kapitalist. Der hat die Genossenschaft gegründet, ist als armer Mann gestorben und ist gescheitert.

## **Frage**

Ich finde es besonders positiv, dass Sie offensichtlich europäisch denken, weil ja tatsächlich die EU eines der zentralen Politikfelder ist. Die EU hat ja auch schon sehr viele Strukturen heraus gebildet, die einem Staat entsprechen. Gemeinsame Währung zumindest für einige Mitgliedsstaaten, gemeinsame Grenzen und eine quasi-Regierung. Wo ich das große Problem in der EU sehe, ist die demokratische Durchsetzung der Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung. Da heute schon über Utopien gesprochen worden ist, möchte ich Sie gerne fragen, welche Utopie haben Sie bezüglich der EU? Es gibt ja in Deutschland die interessante Situation, dass es eine linke Mehrheit gibt, aber eine CDU Bundeskanzlerin. Über einen Teil der Ursachen dafür haben wir heute schon was mitbekommen. Aber aus meiner Sicht besteht auch eine Ursache darin, dass die SPD sich strikt abgegrenzt hat zur Linkspartei. Gibt es da in der Zwischenzeit eine Entwicklung, die in eine etwas andere Richtung läuft? Oder sind nach wie vor die Fronten so verhärtet?

## **Kipping**

Zu Berlin. Sie haben richtige Kritikpunkte benannt, aber auch die Situation sehr einseitig dargestellt. Ich gehöre nun wahrlich nicht zu denjenigen, die immer die Berliner Leute nur gelobt haben. Meine erste Amtstat, als ich Stellvertreterin wurde, war eine Kampagne mitaufzubauen gegen die Idee von Senator Flierl Studienkonten einzuführen, die im übrigen auch erfolgreich war. Zu der konkreten Praxis in Berlin gehört jedoch auch, dass bei wirklich strittigen Fragen ein Landesparteitag einberufen wird und die Landespartei entscheiden kann, wollen wir, dass unsere Senatoren Studienkonten einführen oder nicht, und die Senatoren am Ende gebunden sind an diese Entscheidung des Landesparteitages. In diesem Fall hat die Mehrheit entschieden keine Studienkonten. Und der Senator der Linkspartei musste sich daran halten. Das halte ich für einen demokratischen Fortschritt im Umgang mit Regierungsbeteiligung. Sie haben einige Negativbeispiele genannt. Zu einer klaren Analyse gehören auch positive, nur um das Bild vollständig zu machen. Zum einen ist unter der PDS in Berlin die Privatisierung des größten Krankenhauskomplexes verhindert worden. Die war schon fertig, die war angedacht. Der in Europa größte Krankenhauskomplex, Vivantes ist nicht privatisiert worden. Das ist ein Ergebnis der PDS Sozialsenatoren. Dann haben Sie den Tarifvertrag angesprochen, dass man aus der Tarifgemeinschaft ausgetreten ist. Es gibt aber inzwischen einen vom Verdi-Chef persönlich unterschrieben Tarifvertrag, der, nachdem es auch andere Änderungen in den Ländern gegeben hat, deutlich besser ist, weil er bessere Bedingungen für junge Auszubildende hat, als das in den anderen Ländern der Fall ist. Sie haben die ein-Euro-Jobs angesprochen. Da habe ich auch sehr kritisch nachgefragt. Es ist aber zugesichert worden, dass bei den ein-Euro-Jobs ganz stark darauf geachtet wird, dass die nicht als Druckmaßnahme an die Leute weiter gegeben werden sondern nur als ein Angebot, welches Vereine und Träger nutzen können. Und vor allen Dingen macht sich Harald Wolf dafür stark, dieses Geld, das dafür verwendet wird, zusammenzulegen, damit die Leute nicht in Form von ein-Euro-Jobs arbeiten, sondern dass man sagt, das Geld lieber zu staffeln, dazu noch ESF-Mittel zu nehmen, und dann normale Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Beschäftigungsbereich einzuführen. Für diese Möglichkeit der Umsetzung macht sich Harald Wolf stark. In Berlin hat man unter PDS BezirksbürgermeisterInnen in drei Bezirken den Bürgerhaushalt eingeführt hat. Man hat gesagt, die Macht, die sie als BezirksbürgermeisterInnen haben, nutzen sie nicht, um sich selber toll zu fühlen und mächtig zu sein, sondern um sie zu vergesellschaften und in Form von Bürgerhaushalten ein Stück zurück zu geben. Auch erwähnen sollte man, dass Dank von PDS Senatoren in Berlin ein Theaterticket zum Preis vom 3 Euro für Erwerbslose eingeführt worden. Mein Parteivorstand selber hat deutliche und klare Anforderungen an die PDS Berlin im Zuge der ganzen Parteifusion formuliert. Das Ergebnis ist, dass die PDS Berlin – da bin ich auch der WASG sehr dankbar, dass sie diesen Druck aufgemacht hat, weil sie hat dort eine Bewegung erzeugt, die ich und andere Kritiker bisher nicht erreicht haben – sich deutlich bewegt hat. Es gibt eine gemeinsame Plattform, die sowohl vom WASG Bundesvorstand als auch von der Minderheit in Berlin mitunterzeichnet worden ist, wo klare inhaltliche Aussagen sind in Bezug auf keine

Privatisierung von Daseinsvorsorge usw., wo alle zentralen Forderungen dann auch entsprechend aufgegriffen worden sind.

Die nächste Stellungnahme war, grau ist alle Theorie, die christlichen Gewerkschafter sind in der Praxis linker als die sozialistischen Gewerkschaften. Da kennen Sie sich in der österreichischen Gewerkschaftslandschaft natürlich besser aus als ich. In der Bundesrepublik haben wir eher das Phänomen, dass es christliche Gewerkschaften gibt, die deutlich die Lohnforderungen der Einheitsgewerkschaften unterbieten, was ein Riesenproblem ist. Ich will nicht alle christlichen Gewerkschaften durch den Kakao ziehen. Es gibt welche wie die Katholische Arbeiternehmerbewegung, die finde ich hervorragend. Wir haben auch zusammengearbeitet.

Die Frage nach meiner Utopie bezüglich der Europäischen Union. Ich wünsche mir, dass die EU handlungsfähiger wird. Das heißt natürlich auch, dass sie mehr Gelder braucht. Das heißt auch, dass deutlich mehr Kompetenzen weg von den einzelnen Regierungschefs hin zum Europäischen Parlament müssen. Beides mag nicht immer so beliebt sein an der Spitze der Nationalstaaten, weil da muss man ja nicht nur Geld sondern auch Macht abgeben. Aber das ist notwendig. Ich wünsche mir eine EU, die einen Fahrplan entwirft und auch dessen Umsetzung organisiert im Sinne einer Angleichung von sozialen Standards und Steuerstandards nach oben. Das wird nicht von heute auf morgen gehen. Das ist völlig klar. Da sind die Lohnkosten in den einzelnen Ländern viel zu unterschiedlich. Es gibt jetzt schon erste Entwicklungen, dass in der Tschechischen Republik beispielsweise die Löhne jedes Jahr steigen. Man könnte z.B. sich innerhalb der EU verständigen, dass Unternehmen, die eklatant gegen ökologische und soziale Standards oder gegen Demokratieregeln verstoßen, auf eine schwarze Liste kommen und Europa weit keinen öffentlichen Auftrag mehr bekommen. Das ist ein finanzielles Druckmittel, weil über die öffentliche Hand viele Aufträge an Unternehmen ausgehen. Hier könnte man das deutlich stärker als Druckmittel nutzen. Ich wünsche mir schon, dass es in den kommenden Jahren stärker zu einem wirklichen gelebt werden von Europa kommt in Richtung europäische Staatsbürgerschaft bis zur Europäisierung von Lebensentwürfen. Das heißt natürlich auch, dass es dann die entsprechende Freizügigkeit geben muss. Ein Einwand, der dann immer gerne gebracht wird, ist, ja aber gerade die Freizügigkeit führt dann zu einem Unterbietungswettbewerb. Genau dem kann man entgegen wirken, indem man immer entsprechend der nationalen Lebenshaltungskosten klare Mindestlöhne einführt. Dann werden nämlich auch die Beschäftigten, die aus der Tschechischen Republik, aus Polen oder aus Slowenien in eher westliche Länder kommen, nicht mehr als Lohnrücker erlebt, weil sie eben auch nicht mehr unter dem Niedriglohn beschäftigt werden können. Deren Ausbeutung hört auf und gleichzeitig wird nicht mehr diese Bedrohungskulisse aufgebaut.

Dann das Verhältnis zur SPD. Haben wir wirklich eine linke Mehrheit? Oder haben wir nicht nur eine Mehrheit links von der CDU? Wir haben ja 7 Jahren rot-grün erlebt und haben dabei soziale Einschnitte erlebt, wo man gesagt hat, das hätte sich die CDU so nie getraut. Also ein eklatanter Umbau und nicht nur im Sinne von sozialen Kürzungen sondern ein richtiger Angriff auf den Sozialstaat hat unter rot-grün stattgefunden. Das wäre vielleicht in der CDU so eben gar nicht durchzusetzen gewesen, schon deswegen weil dann die Gewerkschaften eher auf die Barrikaden gegangen wären. Aber man soll ja keine Möglichkeiten ausschließen, um Mehrheiten für eine andere Politik zu gewinnen. Es gab ja echt Hoffnungen darauf, dass in der SPD sich auch linke Kräfte wieder stärker durchsetzen, nachdem Gerhard Schröder weg ist. Viele Hoffnungen, die man hatte, sind enttäuscht worden. Das, was noch als linker Flügel in der SPD wirksam ist, ist doch sehr klein. Man merkt gerade im Politikalltag relativ wenig. Das ist eher desillusionierend. Ich hatte heute ein Interview mit einem Journalisten vom *Standard* und der fragte, wie versuchen Sie sich denn, gegenüber der SPD abzugrenzen? Das ist gegenwärtig überhaupt nicht unser Problem, uns von der SPD anzugrenzen. Das Problem ist, dass der Raum links von der SPD, der frei wird, so groß wird, dass wir eine Bandbreite von Antikapitalismus, demokratischem Sozialismus bis hin zur gemäßigten Sozialdemokratie besetzen müssen, weil das inzwischen frei gelassen wird von der

SPD. Unter einem SPD Minister ist die Rente mit 67 Jahren durchgesetzt worden, die Mehrwertsteuererhöhung, nochmals radikale Verschärfung bei Erwerbslosen.

Wo steht der Goldesel? Es schwingt ein bisschen mit, haben sie sich denn überhaupt Gedanken gemacht, wie das zu finanzieren ist? Aber natürlich, bei allen meinen Forderungen. Ich bin auch in Sachsen durch eine harte Schule gegangen. Wir haben immer einen alternativen Haushalt vorgelegt, wo wir ganz bewusst gesagt haben, wir geben nicht mehr Geld aus. Nicht weil ich unbedingt der Meinung bin, Linke dürfen keine Schulden machen, sondern um einfach darzulegen, es ist viel Geld da, die Frage ist nur, wie es eingesetzt wird. Was die Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens anbelangt, da gibt es verschiedenste Finanzierungsvorschläge. Da kann man nachschlagen unter [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de). Da sind alle grafisch aufgeführt. Es gibt drei zentrale Finanzierungssäulen. Das eine ist, man spart jede Menge Bürokratie ein, wenn die Leute nicht mehr reglementiert werden. Die Leute, deren Arbeitsplatz dadurch verloren geht, können was Sinnvolleres machen, z.B. im Bildungsbereich tätig werden. Im übrigen bin ich auch nicht der Meinung, dass jeder Arbeitsplatz erhalten bleiben muss. Wenn der Arbeitsplatz darin besteht, Leute unter Repressionen zu setzen, ist das kein sinnvoller Arbeitsplatz. Zweiter Punkt, es gibt einige Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Kindergeld, Bafög, die dann darin einfließen würden. Die dritte Säule ist, es gibt eine volkswirtschaftliche Faustregel. Von einem Euro, den Menschen mit mittleren und niedrigeren Einkommen bekommen, landen 33 Cent wieder im Staatsäckel, weil die geben das meistens sofort aus. Das heißt, es gibt über Mehrwertsteuern und Umsatzsteuern eine gewisse Ankurbelung der Wirtschaft. Viertens muss man sagen, natürlich setzt so was eine unwahrscheinliche Umverteilung voraus. Aber die will ich sowieso. Und hier kann ich wenigstens sagen, wozu ich das möchte. Und es ist ein Projekt, das einem Großteil der Bevölkerung zu Gute kommt. Eine Berechnung der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeninitiativen hat ein Finanzierungsmodell vorgeschlagen, das zur Folge hätte, dass das reichste Drittel der Bevölkerung zahlen müsste und zwei Drittel der Bevölkerung entweder sicher genau so viel haben wie vorher oder mehr. Das ist eigentlich eine Idee, die zumindest zwei Drittel der Gesellschaft deutlich bevorteilt. In einer Demokratie muss man schon überlegen, ob etwas nicht Sinn macht, das zwei Drittel bevorteilt und dem anderen reichen Drittel vielleicht erstmal Geld abnimmt, aber es gleichzeitig in die Gewissheit setzt, dass sie niemals in eine radikale Existenzangst kommen müssen, weil sie immer grundabgesichert sind. Das ist ja auch eine Art von Lebensqualität, wenn man gegen manche Risiken abgesichert ist. Deswegen sollte man schon schauen, ob man für so was nicht Mehrheiten gewinnen kann.

### **Frage**

Sie haben gerade von Mehrheitsbildungen gesprochen, die notwendig sind, um diese Politik umsetzen zu können. Voraussetzungen für Mehrheiten sind immer Bewusstseinsbildungen, Bewusstseinsinhalte bei genügend Menschen. Wie sehen Sie die Chance, dass diese Möglichkeiten geschaffen werden, dass diese Bewusstseinsinhalte dann auch wirklich stattfinden?

### **Frage**

Es ist immer wieder erfrischend, wenn man eine junge Politikerin sieht, die ihre Sache so engagiert vertritt. Frau Kipping, Sie werden in Deutschland als eine zukünftigen Ko-Vorsitzende der neuen linken Partei gehandelt. Wie sehen Sie denn mittelfristig die Position der Partei? Werden Sie weiterhin opportunistische, utopische Oppositionspolitik machen? Oder streben Sie eine Regierungsbeteiligung an? Wenn Sie die Regierungsbeteiligung anstreben, wie wollen Sie die Handlungsfähigkeit des Staates, die Sie so wichtig sehen, erreichen?

### **Frage**

Sie sprachen von den Weiterentwicklungen der Europäischen Union, aber Sie sind dabei doch nur auf soziale Fragen eingegangen. Eine ganz wichtige Rolle in der internationalen Diskussion spielt die Frage der außen- und weltpolitischen Orientierung der Europäischen Union, die Vorbereitungen auf eine Supermacht Europa, ihre Militarisierung, Eingreiftruppen und ähnliches, und die jetzt

schon stattfindende Teilnahme an verschiedenen Militäroperationen außerhalb des eigenen Staatsgebietes. Das ist ein ganz wichtiges Charakteristikum der Entwicklung der Europäischen Union. Wie positioniert sich die Linkspartei in dieser Frage? Und in diesem Zusammenhang die nachgehängte Frage der Beziehung zu den Grünen in der Bundesrepublik, die ja auch in manchen ihrer Auftritte, in manchen ihrer Forderungen sich als links geben, aber die sicherlich als Regierungspartei unter rot-grün mit einer bestimmten außenpolitischen Orientierung behaftet sind. Bestehen Möglichkeiten, hier links zu verstärken oder ist das im Moment nicht gegeben?

### **Frage**

Ich bin ein Schüler von Josef Hindels, der ja viele Jahre das linke Spektrum wesentlich beeinflusst hat. Ich freue mich sehr, dass wir Gelegenheit haben, mit einer jungen Funktionärin aus der ehemaligen DDR zu diskutieren. Ich freue mich aber noch viel mehr über das, was gestern passiert ist bei dieser Veranstaltung in der Urania, wo Präsident Chávez, der Schüssel die lange Nase gezeigt hat, aufgetreten ist. Da soll ja nicht nur auf Marx und Engels hingewiesen worden sein sondern auch das Zitat von Rosa Luxemburg gefallen sein, „zum Sozialismus gibt es nur eine Alternative, das ist die Barbarei“. Wenn man sich die Vereinigten Staaten anschaut, so muss man sagen, der erste Schritt in Richtung Barbarei ist nahezu schon gesetzt. Die Linken sind grundsätzlich international. Zu der Bemerkung, dass Christgewerkschafter manchmal linker sind als eigene sozialdemokratische, das gibt es wirklich. Links ist ja nicht unbedingt parteigebunden. Es gibt linke Katholiken. In der Katholischen Jugend haben wir mit denen großartig zusammengearbeitet. Linke gibt es überall. Aber es ist die Frage, wie weit man die Marxschen Theorien heute einordnen kann. Denn das, was Marx zur Verelendung gesagt hat, das stimmt ja effektiv. Wenn man sich anschaut, wie sich die Pensionen entwickelt haben, die haben sich ja rückentwickelt, nicht absolut sondern relativ. Und dafür steigen die Spitzeneinkommen dank der Steuerpolitik, die Herr Grasser macht. Für meine Begriffe hat Grasser von Wirtschaftspolitik überhaupt keine Ahnung. Auch die Marxsche Vermarktungstheorie haben wir doch, das ist die Globalisierung. Er hat davon gesprochen, die Kapitalisten werden ihre Produkte über den Erdball jagen. Was tut denn die Globalisierung? Das ist ja alles schon vorausgeahnt. Das, was wir in Österreich jetzt haben, ist eine Steuerpolitik, die die mittleren Einkommenschichten, die eigentlich die Wirtschaft tragen sollten durch ihren Konsum, zu wenig gut behandelt. Man gibt es den Großen und Mächtigen, die das Geld dann irgendwo hin tun. Aber es gibt derzeit wahrscheinlich international keine Politik für die mittleren und unteren Schichten. Das muss sich ändern. Noch einige persönliche Bemerkungen. Meine Frau hat eine Position gehabt als Exportdirektorin und war oft in der DDR und hat dort hervorragende Kontakte gehabt. Ich habe dort viele persönliche Gespräche geführt. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass ehemalige FDJ Funktionäre großartig geschult waren. Mit denen konnte man über Marxismus und über alles diskutieren. Die waren auch Kritik fähig. Ich habe aber andere ältere Menschen gefunden bei einer Ausstellung über die Stasi-Untaten. Auf meine Fragen hat man mir gesagt, der Helmut Kohl wird das schon machen. Ich habe gesagt, der wird gar nichts machen, wenn ihr euch nicht auf die Füße stellt. Dann werden euch die ex-Stasi-Leute wieder auf die Nase treten. Wie ich höre, ist das leider fallweise passiert. Dass es Utopien gibt, finde ich gut. Denn die utopischen Sozialisten waren ja eigentlich die Vorläufer der Marxschen Theorien. Ich habe heute im Standard gelesen, dass es in der Gruppe um Lafontaine Risse gibt. Glauben Sie, dass das halten wird? Oder glauben Sie, dass das wieder auseinander fällt?

### **Frage**

Ich wollte beim Thema Grundeinkommen nachstoßen. Es ist auf jeden Fall eine große gesellschaftliche, finanzielle, politische Kraftanstrengung, die dahinter stehen würde, so etwas einzuführen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob dieses große Projekt wirklich Wert ist und ob die Ziele, die damit verbunden werden, auch erreicht werden könnten aus drei Gründen. Einerseits glaube ich, bei Einkommen und Armutsfragen geht es ja nicht immer nur um das absolute Einkommen und um absolute Armut. Alle Studien zeigen, dass relative Einkommen und relative Armut mindestens genau so wichtig sind. Diese Problematik löse ich durch ein bedingungsloses Einkommen für alle in keinsten Weise. Der zweite Punkt ist, ob man dann nicht wieder ein bisschen

zurück greift in diese ökonomistische Sichtweisen und sagt, wir lösen die Probleme, die wir haben, indem wir den Leuten viel Geld in die Hand geben. Dass es für eine bestimmte Gruppe von Menschen natürlich eine große Erleichterung wäre, wenn sie diese Summe hätten, ist keine Frage. Aber man löst damit keine Probleme, was den Ausschluss von Bildungsmöglichkeiten betrifft. Man löst keine Probleme im Bereich des Gesundheitswesens. Man löst keine Probleme von Partizipation. Ich glaube nicht, dass man diese Probleme dadurch löst, dass die Leute 800 Euro mehr Geld haben. Der dritte Punkt ist, in guter alter linker Tradition unverteilend ist dieses Grundeinkommen schon, aber negativ umverteilend. Dadurch dass man allen gleich viel Geld in die Hand drückt, ist das eigentlich eine Forderung derjenigen, die eh schon mehr Geld haben, und widerspricht dem Gedanken, dass man denjenigen, die ein höheres Bedürfnis haben, auch mehr Geld gibt. Das sind meine Kritikpunkte. Ich verstehe den Ansatz, der dahinter steckt, und finde den auch sehr positiv. Ich glaube nur nicht, dass man diesem Ansatz auch gerecht wird.

### **Kipping**

Sie haben mir genannt, wofür ich gehandelt werde. Gegenwärtig ist das bloß eine Meldung des Spiegel, der mit niemandem darüber geredet hat. Ich selber habe erstmal vor, ein Buch herauszugeben. Zur Regierungsbeteiligung: Ich war sechs Jahre lang in Sachsen in Parlament und habe dort immer gesagt, man kann als Linke Regierungsbeteiligung nicht ausschließen. In Sachsen habe ich bewusst Wahlkampf gemacht mit der Option, dass wir dort eine rot-rote Regierung haben, weil ich sagen musste, für das, was Landeshoheit ist, vor allen Dingen Bildungsfragen, da hätte man mit der sächsischen SPD gute Schnittmengen ...

... Bandwechsel

... Auch auf Bundesebene würde ich das niemals prinzipiell ausschließen. Aber es bedarf ja dazu irgendein Partner, bei dem man nicht nur Zugeständnisse machen muss sondern mit dem man zentrale Sachen verändern kann. Da sieht es gegenwärtig nicht gut aus. Da müssten sich SPD und Grüne so sehr verändern, dass man in zentralen Punkten Gemeinsamkeiten hat. Wir haben jetzt eine ganz interessante Debatte. Was sind die Grenzen, die wir nicht überschreiten wollen, wenn wir uns auf eine Regierungsbeteiligung einlassen? Oscar Lafontaine hat ins Gespräch gebracht, wir beteiligen uns als Linke auf keinen Fall an der Privatisierung von Daseinsvorsorge. Ich habe noch hinzugefügt, die Situation von den sozial Ärmsten darf nicht noch verschlechtert werden. Also mit uns kann es keine Kürzung davon geben. Auf Bundesebene möchte ich für mich noch eine dritte Grenzlinie hinzufügen. Ich finde, es kann keine Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen geben. Persönlich würde ich sogar so weit gehen und bei gar keinem Kriegseinsatz mitgehen. Aber das wäre auf jeden Fall eine Grenzlinie, die man ziehen muss. Da sehe ich gegenwärtig nicht, dass man auf Bundesebene einen Partner hat.

Zur EU. Da haben Sie Recht. Das ist eine Unterlassungssünde meinerseits, dass ich nur über die Sozialaspekte gesprochen habe. Sie haben zu Recht die Außen- und Kriegspolitik, die ja Bestandteil des europäischen Verfassungsentwurfes ist, angesprochen. Das war uns ein ganz zentraler Punkt zu sagen, die Idee, dass man eine gemeinsame europäische Armee einrichtet, ist ein Punkt, warum wir gegen diese EU-Verfassung sind, obwohl wir meinen, die Europäische Union braucht eine Verfassung, aber nicht mit dieser außenpolitischen Ausrichtung. Ein weiterer Punkt, den ich ganz zentral finde. Es bedarf eines Europas, in dem Demokratie Europa weit gelebt. Die Idee, dass man Volksabstimmungen auch Europa weit durchführen muss, finde ich ganz zentral für eine Vision von der Europäischen Union.

Die Beziehung zu den Grünen. Sie geben sich als links. Aber, um nur mal eine Situation zu erläutern. Wir hatten gestern eine kleine Protestaktion im Bundestag gegen so eklatante Einschnitte bei Erwerbslosen wie dieser Sozialspitzeldienst. Erwerbslosen, die nicht alles mitmachen, können relativ kurz auf Sachleistungen heruntergekürzt werden, dass die nur noch Essensgutscheine bekommen und keine Gelder mehr. Wir haben gesagt, da muss man protestieren, und hatten einfach

T-Shirts angezogen. Die Fraktion, die sich als erste und am lautesten darüber aufgeregt hat, waren die Grünen. Nun finde ich, man muss im Bundestag nicht immer Protest zeigen. Aber dass eine Partei wie die Grünen nicht damit umgehen kann, dass man dort protestiert, zeigt, wie weit sie sich von ihrer ursprünglichen Idee entfernt haben. Das finde ich schon sehr schade.

Zu der Frage, ob es Risse in dieser neuen Partei gibt. Es gibt vor allen Dingen dort, wo Wahlen anstehen, jeweils eine Mehrheit des Landesvorstandes, die da im Dissens zu unserer Partei liegt. Erstens habe ich schon ganz üble Auseinandersetzungen in meiner eigenen Partei, als wir noch unter uns waren, gehabt. So schlimme Auseinandersetzungen hatte ich noch mit keinem der WASG Genossen. Angesichts des linken Spaltungsreflexes, haben wir es in relativ kurzer Zeit geschafft, Formen des Zusammenarbeitens zu etablieren. Wir haben eine gemeinsame Kampagne zum Mindestlohn mit den Gewerkschaften abgestimmt rausgebracht und damit ein Thema bundesweit in aller Munde gebracht. In Hessen waren vor kurzem Kommunalwahlen. Da haben beide Parteien zusammen Wahllisten aufgestellt und haben zusammen doppelt so viele Kandidaten gewinnen können, wie sie zusammen Mitglieder haben. Man hat sogar noch weit über den eigenen Rand hinaus Leute gewinnen können. Da funktioniert ganz viel. Und ich beobachte, je mehr man sich miteinander beschäftigt, dass die richtigen harten Konfrontations- und Diskussionslinien nicht mehr so liegen wie bei der alten PDS und bei der WASG. Die gehen quer durch. Also Fragen, wie hältst du es mit dem Grundeinkommen, wie hältst du es mit der UNO, da wird richtig durchdiskutiert, und das macht mich eher hoffnungsvoll. Z.B. in der Bundestagsfraktion – und die kann man ja schon als Referenzprojekt für die neue linke Partei betrachten – ist die neue Vielfältigkeit auf jeden Fall auf jeden Fall ein Gewinn, weil wir uns nicht nur mehr streiten, sondern weil wir einen weiteren Blick haben, und weil es uns dadurch manchmal eher gelingt, aus einer antithetischen Position in eine weiterentwickelte Synthese zu kommen.

Abschließend zum Grundeinkommen. Ist es allein eine ökonomistische Sicht, wenn man das Grundeinkommen darauf reduziert, dass die Leute Geld bekommen? Ja. Aber das geht ja damit einher, dass man nicht mehr diese repressiven Anforderungen an sie stellt. Das ist eine ganz andere Praxis des Umgangs mit den Leuten, die da einhergeht. Also das Problem des jetzigen Umgangs mit Erwerbslosen ist ja nicht nur, dass die wenig Geld bekommen, sondern dass sie permanent stigmatisiert werden als Faulenzer, dass sie unter Druck gesetzt werden, jede sinnlose Weiterbildungsmaßnahme, die ihnen überhaupt nichts nützt, zu nutzen. Deswegen ist ein Grundeinkommen viel mehr. Es ist ein anderes Herangehen an die Leute. Und es ist auch keine Förderung der Reichen, weil zwar jeder das Geld kriegt, aber um das zu finanzieren, braucht es eine viel stärkere Besteuerung von Vermögen, von Einkommen etc., sodass selbst ein Millionär, der dann zwar das Grundeinkommen hat, am Ende weniger hat, als er vor dem Grundeinkommen hat, weil er viel mehr Steuern zahlen muss. Dazu muss ich noch was sagen. Wer glaubt, eine Bedürftigkeitsprüfung würde unbedingt dem Millionär schaden, der irrt. Der kann sich im Zweifelsfall immer einen guten Steuerberater leisten, der ihn arm rechnet. Wir wissen alle, dass es große Unternehmen gibt, die sich so arm rechnen, dass sie überhaupt gar keine Steuern bezahlen müssen. Und auf der anderen Seite erlebe ich immer wieder Leute, die eigentlich Anspruch auf Sozialhilfe haben und trotzdem obdachlos werden. Es gibt nun mal diesen Zusammenhang zwischen Armut und mangelnder Fähigkeit, für die eigenen Rechte zu streiten. Also Leute hätten Anspruch und schaffen es aber nicht, diese bürokratischen Hürden zu stemmen. Ein Millionär hat es immer leichter, sich auf einem Amt Gehör zu verschaffen, als jemand, der wirklich brisant von Obdachlosigkeit betroffen ist. Deswegen glaube ich, dass das Aufheben der Bedürftigkeitsprüfung eher den wirklich Bedürftigen hilft als dem Millionär. Aber in einem Punkt möchte ich Ihnen Recht geben. Das Grundeinkommen alleine kann kein Allheilmittel sein. Es muss natürlich immer einhergehen mit einem Streiten dafür, dass Wirtschaft anders organisiert ist. Es muss einhergehen mit einem Kämpfen für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, weil es darf tatsächlich nicht dazu führen, dass dann die Frau die 1.000 Euro dafür bekommt, dass sie am Herd stehen bleibt. Es sei denn, sie hat sich das frei ausgesucht. Es muss natürlich deswegen einhergehen mit einer generellen Umverteilung der unterschiedlichsten Arbeitsfelder. Also nicht nur Erwerbsarbeit muss

neu verteilt werden sondern auch die Hausarbeit. Es ist ja heute so, dass die immer noch zu 80% von Frauen getragen wird. Ich finde, da muss man auch dafür sorgen, dass die gerechter zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird. Und es muss einhergehen mit einem neuen Bildungsansatz, wie ihn Wolfgang Engler beschrieben hat. Es gibt verschiedenste Felder, an denen wir anfangen können. Was ich so schön finde am Grundeinkommen ist, dass man daran die Sachen sehr konkret diskutieren kann und dass es zu einer Diskussion einlädt und dass es auch polarisierend ist und deswegen eine Debatte belebt.

Wir haben ganz am Anfang darüber gesprochen. Wir brauchen nicht nur eine Veränderung ökonomischer Machtverhältnisse. Sondern es gibt eine Wechselwirkung zwischen dem, was in den Köpfen ist, und dem, was dann tatsächlich sich in der ökonomischen Basis niederschlägt. Dazu sind solche Debatten wie die Debatte ums Grundeinkommen, aber auch wie die heute Abend, ein entscheidendes Vehikel.

### **Frage**

Wird die Linkspartei überleben?

### **Kipping**

Sie wird nicht nur überleben. Der Fusionsprozess wird in einem Jahr abgeschlossen sein. Ich hoffe stark, dass es uns gelingt, in diesem Prozess noch neue Leute hinzuzugewinnen. Es ist hier von Austritten gesprochen worden. Wir erleben im Gegenteil, dass sehr viele junge Leute jetzt gerade neu eingetreten sind.

### **Misik**

Ich danke Ihnen, ich danke vor allem dir, Katja, dass du gekommen bist. Es war ein gelungener Abend für alle Seiten. Wir haben versprochen, wir diskutieren heute über „Was heißt heute links?“ Wir haben einiges angesprochen. Man könnte natürlich noch Stunden weiter diskutieren. Ich hoffe, dass es Ihnen ein bisschen hilft künftig, wenn Sie sagen, ich bin links. Mir ist bei der Vorbereitung ein schönes Zitat untergekommen. Auf die Frage, was heißt heute links und ob er denn links sei, hat der Karikaturist Gerhard Seyfried unlängst gesagt, „Ich bin nicht unlinks.“ Danke schön und bis zum nächsten Mal.